

UVP: Stärkung der Umweltanwaltschaften gefordert!

Immer wieder gibt es Versuche, die Kompetenzen der Landesumweltanwaltschaften (LUA) einzuschränken und den Umwelt- und Naturschutz in Österreich zu schwächen. Derzeit drehen sich die Diskussionen nicht nur um die immer wiederkehrenden Forderungen verschiedener Personen aus Wirtschaft und Politik, die die Kompetenzen der LUA beschneiden möchten. Auch die langjährige Forderung der NGOs, mehr Parteienstellung in Naturschutzverfahren zu erhalten, könnte nun gegen die LUA eingesetzt werden.

Das Aarhus-Komitee hat vor Kurzem eine Entscheidung veröffentlicht, nach der Österreich die Beteiligung der Bevölkerung bei Umweltverfahren (UVP) nicht ausreichend erfüllt. Da Österreich nun am Zug ist, die Missstände zu beheben, ist

zu befürchten, dass neue Entwicklungen zu Lasten der Kompetenzen unserer LUA gehen könnten.

Die von den Landesumweltanwaltschaften immer wieder geforderte Stärkung der NGOs in Umweltverfahren ist äußerst wichtig, darf aber auf keinen Fall auf Kosten der Kompetenzen der LUA gehen. Im Gegenteil: die LUA – Einrichtungen, die nach Jahrzehnte langem Kampf von NGOs erreicht worden sind – sind wichtige Berater für die Landesregierungen und auch unverzichtbare Partner der Natur- und Umwelt-NGOs.

Im schlimmsten Fall könnte nun den LUA die volle Parteienstellung entzogen und ohne finanziellen Rückhalt an die NGOs übertragen werden. NGOs haben die Aufgabe, Mahner und Vordenker zu sein. Selbst so große, wie der Natur-

schutzbund wollen, sollen und können diese umfangreichen juristischen Aufgaben nicht seriös übernehmen. Damit wären die „Anwälte“ der Natur mehr oder weniger ausgeschaltet. Aus Sicht des Naturschutzbundes würde eine Schwächung der LUA jedenfalls ein Schaden für den Natur- und Umweltschutz in Österreich sein. Wir wollen den Landesumweltanwälten den Rücken stärken und dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen! Deshalb lautet die **Forderung des NATURSCHUTZBUNDES:**

- >>Stärkung der Kompetenzen der Landesumweltanwaltschaften
- >>Einführung der Parteienstellung für NGOs

UVP: Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich eingeleitet

Am 9. März 2012 erhielt der Österreichische Alpenverein Post aus Brüssel. Darin wurde mitgeteilt, dass die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich eingeleitet hat. Aufgegriffen hat die Kommission die eingeschränkte Rechtsschutzmöglichkeit, die die betroffene Öffentlichkeit im Feststellungsverfahren nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP) hat. Zur betroffenen Öffentlichkeit zählen anerkannte Umweltorganisationen wie der Alpenverein, der Naturschutzbund und weitere 32 Organisationen.

Vor ziemlich genau einem Jahr hatte der Alpenverein gemeinsam mit dem Umweltdachverband und dem Kuratorium Wald in einer um-

fangreichen Beschwerde Defizite in der Umsetzung der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (UVP-RL) beanstandet. Ein wesentlicher Beschwerdegegenstand war die fehlende Möglichkeit, Bescheide bekämpfen zu können, in denen festgestellt wird, dass für ein Projekt keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Dies ist deshalb wichtig, weil bei ca. 80 % der Fälle festgestellt wird, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen zu befürchten sind. Denn 2009 hat die Republik ein Vertragsverletzungsverfahren abgewendet, indem sie das UVP-Gesetz novellierte. In einem EU-Beschwerdeverfahren (Nr. 201/08/ENVI) war davon ausgegan-

gen worden, dass bei Erweiterungsvorhaben von Schigebieten mit Geländeänderungen auch unter 20 ha oftmals mit erheblichen Umweltauswirkungen zu rechnen ist. Ausdrücklich genannt wurden vom Gesetzgeber damals zwei Beispiele: die Schigebietszusammenlegungen von Mellau-Damüls und von Kalsmattrei in Osttirol. Bei beiden mussten die Umweltorganisationen als Zaungäste zusehen, wie Seilbahnwirtschaft und Politik über europäisches Umweltrecht drüberfahren. Was das neue Vertragsverletzungsverfahren ergeben wird, ist völlig offen. □

Quelle: Öav Naturschutz-Newsletter_27-2012

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 2012

Band/Volume: [2012_2](#)

Autor(en)/Author(s): Anonymus

Artikel/Article: [Uvp: Stärkung der Umweltschutzverbände gefordert! Uvp: Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich eingeleitet; 3](#)